

## Marktmechanismus und zentral gelenkter Koordinationsmechanismus\*

von

Klemens Piotrowski

Seit Jahren wird sowohl in der östlichen als auch in der westlichen Volkswirtschaftslehre eine Diskussion über die Koexistenz oder Inkompatibilität von Marktregelung und zentraler Planung geführt. Sie hat es aber bisher noch zu keiner zufriedenstellenden Lösung gebracht, wobei zu unterstreichen ist, daß verschiedene Autoren denselben Termini oft einen ganz anderen Inhalt zuordnen, wodurch die Diskussion natürlich ungemein erschwert wird. Folgende Erwägungen sollen einen Beitrag zu dieser Diskussion leisten und nach Möglichkeit zu einer Vereinheitlichung des angewandten Begriffsapparates führen.

Das Marktsystem und das System der zentralen Planung bilden zwei Koordinationsmechanismen, deren Aufgabe es ist, die Entscheidungen der einzelnen Wirtschaftseinheiten so aufeinander abzustimmen, daß ein harmonisches makroökonomisches Gefüge entsteht. Da das Marktsystem als Koordinationsmechanismus eine unbefriedigende Effizienz aufweist<sup>1</sup>, die hauptsächlich aus einer Ex-post-Koordination resultiert, versucht man in der sozialistischen Volkswirtschaft eine Ex-ante-Koordination durch zentrale Planung und Lenkung zu erreichen. Daher bestehen in den Ländern mit zentraler Wirtschaftskoordination zwei Entscheidungsebenen, und zwar die Ebene der zentralen Wirtschaftsorgane (weiterhin kurz Zentrale genannt), die die makroökonomischen Zielvorstellungen repräsentieren, und die Ebene der ausführenden Einheiten (sozialistischen Betriebe), deren Aufgabe es ist, diese Zielvorstellungen zu realisieren. „Der zentral gesteuerte Koordinationsmechanismus impliziert daher die Priorität der Makro- gegenüber den Mikrozielen.“<sup>2</sup>

Die in der Zentrale vorgenommenen Tätigkeiten sind nicht einheitlicher Natur, wie aus folgender Definition klar hervorgeht: „Unter zentraler Planung oder, mit gleichen Begriffsinhalten, gesamtwirtschaftlicher Planung oder Volkswirtschaftsplanung wollen wir somit das wirtschaftsbezogene Handeln staatlicher Zentralinstanzen verstehen, das einerseits aus dem Entwurf des zukünftigen Wirtschaftsgeschehens in einer Volkswirtschaft, andererseits aus den Beeinflussungsbemühungen um einen entsprechenden Handlungsvollzug besteht.“<sup>3</sup> In dieser Definition von Peter

\*) Der im folgenden abgedruckte Aufsatz ist als Grundlage für eine Diskussion des Vfs. mit Fachkollegen aus der Bundesrepublik Deutschland über die angeschnittenen Probleme zu verstehen. — Die Schriftleitung.

1) Vgl. Volkswirtschaftslehre, eine problemorientierte Einführung, bearb. von B. Gahlen [u. a.], 5. Aufl. München 1972, S. 92, sowie W. Weber: Zur Problematik einer sogenannten Konvergenz von Wirtschaftssystemen, in: Beiträge zum Vergleich der Wirtschaftssysteme, hrsg. von E. Boettcher, Berlin 1970, S. 107—162, hier S. 159.

2) Volkswirtschaftslehre, S. 33.

3) P. Knirsch: Strukturen und Formen zentraler Wirtschaftsplanung, Berlin 1969, S. 29.

K n i r s c h lassen sich nämlich, so wie es auch im Schrifttum der sozialistischen Länder in wachsendem Maße seinen Niederschlag findet<sup>4</sup>, deutlich zwei Sphären unterscheiden, und zwar der Bereich der Planung und der Bereich der Lenkung. Daher ist auch der Sammelbegriff „zentrale Planung“ wenig adäquat, und somit erscheint es vorteilhafter, von einem zentral gelenkten Koordinationsmechanismus zu sprechen. Weiterhin wird also dieser Terminus in diesem Sinn angewandt.

Im Bereich der Planung entsteht der zentrale Volkswirtschaftsplan. Nur diese Tätigkeit läßt sich also als zentrale Planung bezeichnen. Es bestehen hierbei folgende Probleme: 1. Die Zentrale muß Zielvorstellungen besitzen, die mit den gesellschaftlichen Präferenzen übereinstimmen; die einzelnen Ziele müssen diesen Präferenzen entsprechend bewertet werden. 2. Die Zentrale muß effiziente Rechenmethoden besitzen, die nach Möglichkeit eine optimale Planung erlauben, d. h. Extremwerte der Zielfunktionen errechnen lassen. 3. Sie muß weiterhin über Informationen verfügen, die sie einen ihr zur Entscheidungsfällung nötigen Wissensgrad erreichen lassen.<sup>5</sup> 4. Die Summe der aufeinander abgestimmten und bilanzierten Planungsentscheidungen bildet den zentralen Volkswirtschaftsplan.

Seine Aufgabe besteht also darin, die Proportionen des Prozesses der gesellschaftlichen Reproduktion ex ante zu fixieren und die Strukturen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in solchem Maße zu bestimmen, daß keine Diskrepanzen zwischen den einzelnen Zweigen entstehen. Es geht gleichzeitig um die Festlegung einer den Erfordernissen entsprechenden Wachstumsrate, möglichst ohne daß die Volkswirtschaft in eine Instabilität gerät.

Wenn der zentrale Volkswirtschaftsplan entstanden ist, muß die Zentrale die Realisierungsinstrumente planen, d. h. sie muß die Elemente eines Lenkungssystems wählen, die es erlauben, die ausführenden Einheiten zur Realisierung der makroökonomischen Zielvorstellungen anzuhalten.

Es muß hier noch unterstrichen werden, daß eine Dezentralisierung in der Planungssphäre unmöglich ist. Die Entscheidungen, die den Volkswirtschaftsplan bilden, müssen von der Zentrale und nur von ihr gefällt werden. Folgende Situationen können diese Notwendigkeit beweisen: Wenn beispielsweise die Dezentralisation darin besteht, daß gewisse Zweige oder Produkte von der Zentrale nicht in den Volkswirtschaftsplan mit eingeschlossen werden, so kann man auch keinen harmonischen und bilanzierten Plan erhalten. Wenn sich die Zentrale bei der Berechnung der

4) Die Teilung des zentralen Koordinationsmechanismus in Planungs- und Lenkungssphäre wurde ins polnische Schrifttum durch Prof. Aleksy Wakar eingeführt. Vgl. z. B. Zarys teorii gospodarki socjalistycznej [Abriß der sozialistischen Wirtschaftstheorie], hrsg. von A. W a k a r, Warschau 1965, und A. W a k a r: Handel zagraniczny w gospodarce socjalistycznej [Der Außenhandel in der sozialistischen Wirtschaft], Warschau 1968.

5) Eine Behandlung dieser Probleme würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen und muß daher unterbleiben.

Leontiefschen Tafeln bedient, in diesen aber Zweig 3, 7, 9 und 12 nicht einbegriffen sind, sind die Input-Output-Beziehungen  $x_{3j}$ ,  $x_{j3}$ ,  $x_{7j}$ ,  $x_{j7}$  usw. unbekannt; damit ist der Plan nicht bilanzierbar und somit auch ohne Nutzen. Man kann also die Regelung gewisser Zweige nicht dem Marktmechanismus überlassen, ohne der zentralen Planung Abbruch zu tun. Eine weitere oft erwogene Prämisse besteht darin, daß der Plan an Hand einer hochaggregierten Input-Output-Tabelle errechnet wird, wobei die Zentrale annimmt, daß innerhalb der Aggregate die Betriebe unter dem Einfluß des Marktmechanismus selbständige Entscheidungen fällen, die zu einer Konkretisierung der allgemeinen Festlegungen der Zentrale führen. Eine solche Art von Dezentralisation wurde z. B. in den Jahren 1967/1968 in der Tschechoslowakei in Erwägung gezogen.<sup>6</sup> Als Fazit würde jedoch eine Situation entstehen, in der wiederum die Harmonisierung und Bilanzierung des Planes in großen Aggregaten ohne praktischen Wert sein würde, da man nicht wüßte, welche Verflechtungen innerhalb der Aggregate zustandekommen würden. Nimmt man, um das Problem drastisch darzustellen, z. B. an, daß die Zentrale den Volkswirtschaftsplan nur für die Gesamtsumme der Produkte der Abteilung I (Produktionsgüter) und der Abteilung II (Konsumgüter) errechnet, so ist der Planungsprozeß einfach und schnell zu erreichen. Die Gleichungen  $P_1 = \frac{2}{1} / c+m_c /$  und  $P_2 = \frac{2}{1} / v+m_v /$  würden ex ante festgelegt werden, aber die ganze Operation wäre zwecklos, da ja für die Zentrale die Verflechtungen innerhalb der einzelnen Abteilungen unbekannt und somit nicht beeinflussbare Größen wären. Der Plan ist also um so besser, je disaggregierter er ist.<sup>7</sup> Man müßte demnach nicht nur mit sämtlichen Zweigen operieren, sondern noch mit Posten, die aus einer Aufteilung der Produktionssumme der Zweige auf Sortimentsgruppen resultieren. Wenn also in der Input-Output-Tabelle große Aggregate auftreten, um die Verarbeitungskapazität der Computer in der Zentrale nicht zu überlasten, so müssen doch die innerhalb dieser Aggregate bestehenden Verflechtungen in einer separaten Rechnung von der Zentrale ebenfalls festgelegt werden. Aus diesen Erwägungen geht somit hervor, daß der volkswirtschaftliche Gesamtplan von der Zentrale selbst, und das möglichst genau, errechnet werden muß.

Diese Tatsache bestimmt jedoch nicht die Rolle der Betriebe bei der Aufstellung des Gesamtplans. Sie kann nämlich aktiv oder passiv sein, je nachdem, welche Rolle den Betrieben als Informatoren der Zentrale zugedacht wird. Es gibt Systeme, in denen die Informationen der Betriebe aus Rechenschaftsberichten und Betriebsplanprojekten bestehen, die an

6) Vgl. O. Šik: Reform und Restauration in der tschechoslowakischen Wirtschaft, in: ZfO 20 (1971), S. 414: „Man rechnete mit der Erneuerung der ökonomischen Funktion des Marktes, der Preise und des Geldes und mit einer indirekten wirtschaftspolitischen Regulierung der Marktentwicklung durch den Staat.“

7) Vgl. J. Beksiak: Problemy rachunku ekonomicznego w gospodarce socjalistycznej [Ökonomische Rechnungsprobleme in der sozialistischen Wirtschaft], in: Nowe Drogi 1968, Nr. 3, S. 32—40, und d.ers.: Społeczeństwo gospodarujące [Die wirtschaftende Gesellschaft], Warschau 1972.

Hand von aus der Zentrale erhaltenen Daten (z. B. Planaufgaben und Planaufgaben) errechnet worden sind. Ein Betriebsplanprojekt dieser Art bereichert das Wissen der Zentrale in sehr geringem Maße und zeugt gleichzeitig von einer passiven Rolle der Betriebe bei der Aufstellung des zentralen Plans.<sup>8</sup> Anders verhält es sich, wenn die Informationen, die die Betriebe der Zentrale senden, aus eigenen Forschungen über die Absatzmöglichkeiten und aus selbständigen Kontakten zu ihren Lieferanten resultieren. In einem solchen Fall wird das Wissen der Zentrale durch Informationen der Betriebe bereichert und somit ihr Entscheidungsprozeß, der zum Entstehen des Zentralplans führt, positiv beeinflusst. Es bleibt jedoch anzuzweifeln, ob die horizontalen Informationskanäle zwischen den Betrieben als Marktmechanismus bezeichnet werden können.

Aus dem oben Gesagten läßt sich also die Schlußfolgerung ziehen, daß eine ungenaue Zentralplanung unter der Annahme, daß die Feinheiten vom Marktmechanismus geregelt würden, zu einer Negation der zentralen Planung führt und somit nicht annehmbar ist. In diesem Sinne erscheint also eine Kombination von zentraler Planung und Marktmechanismus nicht zweckmäßig. Eine Rolle spielt allerdings bei der Verifizierung der durch die Zentrale gefällten Planungsentscheidungen das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Wenn nämlich auf Grund dieser Entscheidungen in der Volkswirtschaft Diskrepanzen entstehen, die z. B. zum Ansteigen der Gleichgewichtspreise für bestimmte Güter führen, so tritt hier eine Instabilität auf, die von falschen Planentscheidungen zeugt. Die Zentrale hätte die zukünftige Nachfrage besser einschätzen und beizeiten die Produktion so stimulieren müssen, daß die Nachfrageänderung durch eine Produktionsänderung vorweggenommen worden wäre. In der eben beschriebenen Situation tritt eine Ex-post-Regelung auf, da ja die Diskrepanz schon besteht, die von einer schlechten Planung zeugt. Da der Informationsweg über die Zentrale verläuft, d. h. diese ihre Planentscheidungen ändern und die ausführenden Einheiten darüber informieren muß, werden diese Einheiten erst in der nächsten Planperiode auf die entstandenen Diskrepanzen voll reagieren. Solche Situationen müssen also durch eine bessere Ex-ante-Festlegung, also Planung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, vermieden werden. Weiterhin bleibt die Frage zu stellen, ob diese Gleichgewichtspreisänderungen vom Bestehen eines Marktmechanismus zeugen. Auf diese Frage läßt sich jedoch erst nach Behandlung der Lenkungssysteme eine Antwort finden.

Der Lenkungsprozeß besteht darin, daß die Zentrale die ausführenden Einheiten über ihre Planentscheidungen informiert. Es tritt hier also ein Informationsstrom von der Zentrale zu den Betrieben auf. Nun läßt sich aus der Praxis der sozialistischen Staaten heute die Schlußfolgerung

---

8) Vgl. K. Piotrowski: Modele funkcjonowania gospodarki socjalistycznej z uwzględnieniem krajowej sieci obliczeniowej [Funktionsmodelle der sozialistischen Wirtschaft unter Berücksichtigung eines Berechnungsnetzes auf Landesebene], in: Informatyka 1971, Nr. 4, S. 1—3.

ziehen, daß der zentralen Planung nicht ein zentralisiertes Lenkungssystem entsprechen muß. Man kann also von zentralisierten und dezentralisierten Lenkungssystemen sprechen, wobei noch einmal zu unterstreichen ist, daß ein dezentralisiertes Lenkungssystem keinen Gegensatz zum zentralen Plan bildet. Das Lenkungssystem bildet das zweite Glied des zentralen Koordinationsmechanismus und umfaßt somit einen ganz anderen Problemkomplex.

Die Entscheidung der Zentrale für dezentralisierte oder auch zentralisierte Lenkungssysteme scheint vornehmlich von drei Faktoren abhängig zu sein: 1. vom erreichten Entwicklungsgrad der Produktivkräfte; 2. vom Entwicklungsstand der Volkswirtschaftstheorie und von den Erkenntnissen der Volkswirtschaftspolitik; 3. von den Ansichten und Präferenzen der Gesellschaft.<sup>9</sup> Hierzu läßt sich nun erklärend sagen, daß die heute bestehenden sozialistischen Staaten alle vor der Revolution eine schwach entwickelte Volkswirtschaft besaßen oder aber die Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges bekämpfen mußten. Es ging nun darum, eine hohe Wachstumsrate zu erreichen. Auf Grund der schwachen industriellen Entwicklung waren natürlich die Investitionsgüter sehr knapp, und diese Knappheit wurde durch die mit der Industrialisierung verbundenen großen Investitionsanstrengungen noch erhöht. In einem solchen Fall erschien es das beste zu sein, die Disposition über die knappen Investitionsgüter in einer Hand zu zentralisieren. Diese Güter sowie alle Produktionsmittel wurden also den Betrieben zentral zugewiesen. Die zentrale Reglementierung ist ihrem Wesen nach ein Pendant zum Kartensystem, das bei einer Lebensmittelbewirtschaftung in jeder Volkswirtschaft, unabhängig von der Eigentumsform der Produktionsmittel, angewandt wird und dessen Anwendungsnotwendigkeit aus einem hohen Knappheitsgrad dieser Güter resultiert.<sup>10</sup>

Wenn aber die Produktionsmittel zentral zugeteilt werden, so wäre auch eine Dezentralisation der Betriebsentscheidungen eine Fiktion, da ja die Betriebe doch keine Möglichkeit hätten, diese Entscheidungen ohne eine gleichzeitige Zuteilung der zu ihrer Realisierung notwendigen Mittel durch die Zentrale zu verwirklichen. Somit hängt die Entscheidung de facto immer von der Zentrale ab.

Wenn nun aber als Resultat der Industrialisierung das Produktionsvolumen anwächst und somit der Knappheitsgrad der Produktionsmittel relativ niedriger wird, so besteht die Möglichkeit, die zentrale Reglemen-

---

9) Ausführlicher darüber K. Piotrowski: Czynniki przestrczeni w zarzadzaniu przedsiebiorstwami socjalistycznymi [Der Raumfaktor in der Verwaltung sozialistischer Unternehmen], Warschau 1974. Einen ähnlichen Standpunkt nimmt J. Beksiak ein: O wyborze systemu zarzadzania [Über die Wahl des Verwaltungssystems], in: Ekonomista 1969, Nr. 2, S. 409—424.

10) Eine Zeitlang sah man darin im sozialistischen Schrifttum eine Einschränkung der „unerwünschten“ Warenbeziehungen und des Marktes. Diesen Standpunkt vertrat z. B. noch im Jahre 1968 W. Grzybowski: Specyfika towarowych form gospodarowania w socjalizmie [Besonderheiten der Warenbewirtschaftungsformen im Sozialismus], in: Życie Gospodarcze 1968, Nr. 20.

tierung aufzuheben. Dadurch wird gleichzeitig eine reale Delegierung der Entscheidungsfreiheit an die Betriebe ermöglicht. Sie können dann nämlich auf der Basis der erarbeiteten Geldmittel Produktionsgüter frei anfordern und somit die von ihnen gefällten Entscheidungen selbst realisieren. Es bleibt zu unterstreichen, daß bei einem höheren Entwicklungsgrad der Produktivkräfte eine Dezentralisierung nicht nur möglich, sondern auch notwendig wird, da dank dessen eine sinnvolle Ersetzung von Arbeitskräften durch sachliche Produktionsfaktoren auf der Betriebsebene durchgeführt werden kann. Wie bekannt, erhält man die beste Kombination der Produktionsfaktoren dann, wenn ihre Grenzproduktivitäten sich in dem gleichen Verhältnis zueinander befinden wie ihre Preise. Bei den heute angewandten Methoden besitzt die Zentrale meistens nicht die Möglichkeit, eine Allokation nach diesem Prinzip durchzuführen: also sollte auch eine zentrale Reglementierung nur solange aufrecht erhalten werden, wie eine dezentralisierte Bedarfsdeckung der Betriebe nicht zulässig ist. Man kann also einen gewissen Zusammenhang zwischen Entwicklungsgrad der Produktivkräfte und Zentralisierung des Lenkungssystems feststellen. Dieser Zusammenhang ist zwar nicht ganz so eindeutig, wie er hier dargestellt wurde, jedoch scheint die Entwicklung der sozialistischen Staaten diese Hypothese zu bestätigen.

Die Wahl des Lenkungssystems hängt auch von der Entwicklung der Theorie und Wirtschaftspolitik ab. Man muß sich vor Augen halten, daß die Theorie der sozialistischen Volkswirtschaft zur Zeit der Oktoberrevolution in Rußland ziemlich unentwickelt war. Es bestanden nur allgemeine abstrakte Vorstellungen. So war es denn leicht möglich, daß aus ihnen die Meinung resultierte, daß einer zentralen Planung auch ein zentralistisches Lenkungssystem entsprechen müsse. Nach der Periode der NEP, die allgemein als eine Konzession zugunsten der kapitalistischen Marktwirtschaft angesehen wurde, begann in den dreißiger und vierziger Jahren die Blütezeit des stark zentralisierten Lenkungssystems. Es bedurfte vieler Jahre praktischer Erfahrungen in mehr als einem sozialistischen Staat und der Überwindung von einer Reihe von Vorurteilen sowie falsch verstandener Dogmen, um zu der Einsicht zu gelangen, daß ein dezentralisiertes Lenkungssystem mit einem zentralen Volkswirtschaftsplan in Einklang zu bringen ist und dessen Realisierung durchaus dienlich sein kann. Die Theorie und Wirtschaftspolitik im Bereich der Lenkungssysteme werden z. Z. dauernd bereichert, verifiziert und verbessert, und dieser Prozeß kann keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden.

Als dritten der Zentralisation oder Dezentralisation dienenden Faktor kann man die Ansichten der Gesellschaft hervorheben. Solange nämlich die Mehrheit der Bevölkerung und vor allen Dingen der Wirtschaftsfunktionäre aller Stufen der Ansicht ist, daß ein bestehendes zentralistisches Lenkungssystem gut ist, besteht keine gesellschaftliche Kraft, die zur Änderung dieses Systems drängen könnte. Man muß hier hervorheben, daß oft Reformen, die zu einer größeren Dezentralisation führen sollten, an dieser psychologischen Barriere scheiterten. Die Reformfreudigkeit ist

oft oberflächlich und besteht sozusagen nur als Lippenbekenntnis. Die höchsten Lenkungsorgane fürchten oft mit Recht das mit durchgreifenden Maßnahmen verbundene Risiko, da es überaus schwer ist, alle Auswirkungen einer Reform *ex ante* zu erfassen und abzuschätzen. Die leitenden Angestellten in Ministerien und Branchenvereinigungen wollen sich nicht von der Wirtschaftsmacht und dem Prestige trennen, das sie im zentralisierten Lenkungssystem, also in einem Kommandosystem, besitzen. Hierzu kommt die Furcht vor dem Ungewissen. Die Direktoren der Betriebe fürchten sich oft vor der größeren Verantwortung und den höheren Anforderungen, die eine weitgreifende Entscheidungselbständigkeit an sie stellt. Die Belegschaft der Betriebe endlich kann befürchten, daß im Rahmen der Wirtschaftsreform die Arbeitsintensität steigt, daß manche Privilegien neu überprüft werden u. ä.<sup>11</sup> Dies alles kann zu einer schnellen Abkühlung der Reformfreudigkeit führen, und damit tendiert das neue Lenkungssystem in Richtung des Hergebrachten. Erst wenn breite gesellschaftliche Präferenzen bestehen, mag sich ein dezentralisiertes System durchsetzen.

Der Zentralisierungs- oder Dezentralisierungsprozeß läßt sich an Hand folgender Kriterien messen:<sup>12</sup> 1. der Bedeutung der Unternehmensentscheidungen, die ohne Mitwirkung der Zentrale gefällt werden können, 2. der Entwicklung horizontaler Informationskanäle, 3. der angewandten Lenkungsinstrumente.

Zu Punkt 1: Wie oben dargestellt wurde, werden die Planungsentscheidungen immer zentral gefällt; denn sie bilden ja den volkswirtschaftlichen Gesamtplan. Die Ausführungsentscheidungen lassen sich in drei Gruppen aufteilen:<sup>13</sup> a) Entscheidungen, die auf Grund ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft immer zentral gefällt werden müssen. Allgemein spricht man hier von Entscheidungen, die einen hervorragenden Einfluß auf die Investitionstätigkeit ausüben, die ja sogar in einer freien Marktwirtschaft immer mehr in den Blickpunkt des Staatsinterventionismus gerückt werden.<sup>14</sup> b) Entscheidungen, die immer dezentral gefällt werden müssen; sie betreffen die Berufs- und Arbeitsplatzwahl sowie die Verteilung der Konsumgüter. Eine Zentralisierung dieser Entscheidungen, wie sie z. B. im Idealmodell der zentralen Planwirtschaft von G. N. Halm vorgesehen

11) Diese Situation, die von P. Knirsch am Beispiel der Tschechoslowakei beschrieben wurde (vgl. P. Knirsch: Reform zwischen Macht und Ratio. Implikationen der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform, in: Europa-Archiv 24, 1969, Folge 2, Beiträge und Berichte, S. 63—74, und ders.: Probleme der Transformation einer zentral geplanten Wirtschaft in eine gelenkte Marktwirtschaft, in: Beiträge zur Theorie und Praxis von Wirtschaftssystemen, Festgabe für K. C. Thalheim zum 70. Geburtstag, hrsg. von W. Förster und D. Lorenz, Berlin, München 1970, S. 151—165), kann man auch in anderen sozialistischen Ländern beobachten.

12) Vgl. Zarys teorii gospodarki socjalistycznej (wie Anm. 4).

13) Vgl. W. Brus: Ogólne problemy funkcjonowania gospodarki socjalistycznej [Allgemeine Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft], Warschau 1964.

14) Vgl. Volkswirtschaftslehre, S. 104—106.

wurde<sup>15</sup>, tritt weder in der Theorie noch in der Praxis eines zentralen Koordinationsmechanismus der sozialistischen Staaten auf und ist somit als inadäquat zu verwerfen. c) Als dritte Gruppe treten Entscheidungen auf, die entweder zentral oder dezentral gefällt werden können. Die Verteilung der Entscheidungsbefugnisse in diesem Bereich zwischen Zentrale und ausführenden Einheiten bestimmt den Grad der Zentralisation oder Dezentralisation. Der heutige Wissensstand erlaubt es anzunehmen, daß zu dieser Gruppe alle laufenden Betriebsentscheidungen gehören können und mindestens der Teil der Investitionsentscheidungen, der die Ersetzung von Arbeitskräften durch sachliche Produktionsfaktoren, also eine Modernisierung, die Einführung technischen Fortschritts in einem Betrieb, betrifft. Wenn also diese Entscheidungen der Zentrale vorbehalten sind, wird man von einem zentralisierten Lenkungssystem reden et vice versa.

Zu Punkt 2: In einem zentralisierten Lenkungssystem treten nur vertikale Informationsströme auf, d. h. die einzelnen Betriebe unterhalten unmittelbare Kontakte nur mit ihren vorgesetzten Stellen und so fort bis zur höchsten Ebene der Planungs- und Lenkungszentrale. Hier werden die Anfragen und Informationen gesammelt, die Entscheidungen gefällt und zur Ausführung an die Betriebe „hinunter gesandt“. Nach der Ausführung werden die Resultate der Entscheidungen von der Zentrale selbst verifiziert. Ein unmittelbarer Informationsaustausch zwischen den ausführenden Einheiten besteht hier nicht<sup>16</sup>, da die Betriebe auf Grund auf diese Weise empfangener Informationen ja doch keine Entscheidungen fällen dürften. Diese Situation — logisch durch das zentralistische Lenkungssystem begründet — führt jedoch in der Praxis zur Überlastung der vertikalen Informationskanäle, zu stockendem Abfluß des Informationsstroms und in der Konsequenz zu einer sehr hohen Trägheit des Wirtschaftsapparates. Bei fortschreitender Dezentralisierung müssen und können horizontale Informationsströme auftreten. Da die Betriebe eigene Entscheidungen fällen, muß für sie auch die Möglichkeit bestehen, Informationen unmittelbar von ihren Abnehmern und Lieferanten zu erhalten.

Zu Punkt 3: Dieses Kriterium betrifft das von der Zentrale angewandte Lenkungsinstrumentarium. An Hand des Instrumentariums lassen sich drei Denkmodelle konstruieren, die gleichzeitig ein differenziertes Maß an Entscheidungsfreiheit der Betriebe aufweisen.<sup>17</sup>

15) Vgl. G. N. H a l m : Wirtschaftssysteme, Berlin 1960. Auf S. 176 spricht Halm aber auch von einer liberal-sozialistischen Wirtschaft, die freie Konsumgüter- und Arbeitsplatzwahl zuläßt. Es erscheint mir aber sinnlos, von einer sozialistischen Volkswirtschaft zu sprechen, in der diese Prämisse nicht aufrechterhalten würde.

16) Es besteht in der Praxis ein Informationsstrom, der mit dem Güterstrom zwischen den einzelnen Betrieben verbunden ist. Jede Gütersendung ist nämlich gleichzeitig mit einer Information verbunden. Man kann also nur davon sprechen, daß kein Austausch von „reinen“ Informationen stattfindet.

17) An Hand dieses Kriteriums habe ich eine Einteilung der Lenkungssysteme vorgenommen. K. P i o t r o w s k i : Sprawność systemów zarządzania gospodarką narodową [Die Leistungsfähigkeit der Verwaltungssysteme in der Volkswirtschaft], in: Ekonomista 1971, Nr. 4, S. 545—573.

Die erste Gruppe der Lenkungsinstrumente umfaßt Kommandos, Befehle, Anweisungen, Verbote usw. Sie lassen sich mit dem Sammelbegriff „Direktiven“ bezeichnen. Ihre Eigenschaft besteht darin, daß sie den Betrieben keine eigene Entscheidungsfreiheit lassen, daß sie ein bestimmtes Verhalten der Betriebe erzwingen, und darin, daß jede Direktive eine niedrige Informationskapazität besitzt. Sie beziehen sich nur auf bestimmte, zeitlich begrenzte Vorkommnisse, müssen also immer wieder erneuert werden. Die Betriebe führen beim direktiven Lenkungssystem keine eigene Wirtschaftlichkeitsrechnung, sie treffen keine eigenen Entscheidungen, besitzen dementsprechend auch keine eigenen Urteilkriterien. Das an die leitenden Angestellten der Betriebe adressierte „Sanktionssystem“<sup>18</sup> besteht neben dem Tariflohn aus einer eng mit der Erfüllung der Direktiven der Zentrale verbundenen Zusatzbelohnung. Die Befehle erzwingen eine bestimmte Tätigkeit der Betriebe, das Sanktionssystem soll diese Direktiven nur unterstützen, es soll ein ihnen entsprechendes Verhalten der Betriebe attraktiver machen. In dem den Geld- und Produktionsfaktorenezufluß regelnden „Speisungssystem“ der Betriebe wird vor allen Dingen Budgetierung angewandt. Das bedeutet, daß die Betriebe von der Zentrale Zuteilungen an sachlichen Produktionsgütern erhalten, Beschäftigungslimite vorgeschrieben bekommen und zusätzlich mit der nötigen Liquidität ausgestattet werden, um den aus der Tätigkeit entstehenden Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Einnahmen der Betriebe werden nämlich nach Deckung der laufenden Selbstkosten an die Zentrale abgeführt, oft werden auch die Abschreibungen teilweise oder vollständig zentralisiert. Die Geldströme sind also sekundär, sie sind den primären Befehlen untergeordnet. Ihre Bedeutung im Lenkungssystem ist passiv, jedoch kann das Banksystem auf Grund der Geldströme seine Kontrollfunktion ausüben. Es kann nämlich feststellen, ob die Geldströme in einer Weise verlaufen, die einer Erfüllung der Direktiven durch die Betriebe entspricht.

Das direktive Lenkungssystem besitzt einen immanenten Fehler und bedingt zumindest zwei schwer zu erfüllende Voraussetzungen.

Der Fehler besteht darin, daß dieses System nicht auf einer Interessiertheit der Betriebe, auf ihrem aktiven Mitwirken beruht. Die Betriebsleitung besitzt keine Entscheidungsfreiheit, sie kann ihre eigenen Initiativen nicht im Wirtschaftsgeschehen anwenden, sie kann den Ablauf der Prozesse nicht beeinflussen. Sie besteht eigentlich nur aus Staatsbeamten, die die erhaltenen Befehle aufschlüsseln und an ihre Untergebenen weiterleiten. Dieses System ist also sozio-psychologisch ineffizient. Es scheint auch keine Möglichkeit zu bestehen, diese unerfreuliche Erscheinung im Rahmen des Systems auszumerzen.

Die erste der schwer zu erfüllenden Voraussetzungen besteht in der Notwendigkeit, einen ungemein schnellen und reibungslosen Informationsfluß zu garantieren. Die Zentrale muß in jedem Augenblick voll über das

---

18) Die Termini „Sanktions-“ und „Speisungssystem“ sind der Kybernetik entliehen.

Wirtschaftsgeschehen informiert sein, um die der Situation entsprechenden Entscheidungen fällen zu können. Sie muß also eine Unzahl von Informationen von den ausführenden Einheiten erhalten. Sie muß gleichzeitig ohne Zeitverlust ihre Entscheidungen den Betrieben mitteilen, da sonst auf Betriebsebene Informationslücken entstehen, die zu einem Leerlauf oder besser gesagt zu einem unkontrollierten Verhalten der Betriebe führen.

Hier möchte ich mir eine kurze Abschweifung erlauben. In einer höchst interessanten Arbeit untersuchte Friedrich Haffner diese Situationen, und er sieht in ihnen ein marktähnliches Verhalten der Betriebe bei Informationslücken im Rahmen der zentral gelenkten Volkswirtschaft.<sup>19</sup> Ich würde mich dieser Schlußfolgerung nicht anschließen. In dem beschriebenen Lenkungssystem treten nämlich keine koordinierenden Kräfte des Marktes auf. Der Markt als solcher ist nur dann ein Koordinationsmechanismus, wenn er einen freien Spielraum besitzt und alle Bedingungen seiner Anwendung erfüllt sind. Hier tritt jedoch kein Regelungsmechanismus auf, denn die von der Betriebsleitung gefällten und von der Zentrale nicht kontrollierten Entscheidungen sind vollkommen dem Zufall überlassen, da die Betriebe ja weder über Informationen aus der Zentrale (die laut unserer Annahme nicht eingetroffen sind) noch über Marktinformationen verfügen. Außerdem besitzen die Betriebe keine eigenen Urteilkriterien.

Im direktiven Lenkungssystem kann man nämlich von einem Absterben der aktiven Auswirkung der Geld-Preis-Kategorien auf den Wirtschaftsverlauf sprechen. Die Betriebe wählen weder ihren Output noch ihren Input nach den für sie günstigsten Preisen, sondern beide Größen werden von der Zentrale durch Sortimentsdirektiven sowie zentrale Reglementierung und Faktorenlimite vorgegeben. Damit ist die informative Funktion der Preise ausgeschaltet, und die Größe sowie Richtung der Geldströme ist der Größe und Richtung der durch Befehle bestimmten Faktorenströme untergeordnet. Somit ahmt auch ein Betrieb, der sich in einer Informationslücke befindet, kein Marktverhalten nach, noch kann er auf Informationen vom nicht bestehenden Markt rechnen, sondern er vervielfältigt sein durch Befehle der Zentrale erzwungenes bisheriges Verhalten, bis er neue Befehle erhält. Da solche durch Stockungen im Informationsstrom ausgelöste Situationen oft auftreten, weist das direkte System eine hohe Trägheit auf. In der Praxis findet sie darin ihren Ausdruck, daß die Betriebe Güter produzieren oder Dienstleistungen offerieren, die nicht mehr gefragt sind. Dieser Output resultiert dann aus der Vervielfältigung von nicht mehr aktuellen Direktiven, die in der vorigen Planperiode ein Angebot initiierten, das der damals bestehenden Nachfrage entsprach. Bei Informationslücken kann man nur mit einem solchen Verhalten der Betriebe rechnen, da ihnen ja ein marktähnliches Verhalten

---

19) Siehe F. Haffner: Marktbeziehungen im sowjetischen Wirtschaftssystem, in: Beiträge zur Theorie und Praxis von Wirtschaftssystemen (wie Anm. 11), S. 89 und 98.

nicht nur völlig unbekannt, sondern auch für sie vollkommen ineffizient ist, weil es von der Zentrale nicht positiv bewertet wird.

Die zweite, ebenfalls schwer zu erfüllende Voraussetzung besteht darin, daß alle die Zentrale verlassenden Direktiven aufeinander abgestimmt sein müßten. Dieses wäre nun aber nur dann möglich, wenn die Zentrale ein vollkommen einheitliches, homogenes Organ bilden würde. In Wirklichkeit besteht sie aus einer Vielzahl organisatorisch selbständiger Einheiten, wie z. B. der Zentrale der Plankommission, den einzelnen Wirtschaftsministerien, dem Finanzministerium, der Zentralbank, den einzelnen Branchenvereinigungen — im Rahmen jeder dieser Institutionen gibt es Dutzende von Abteilungen, in ihnen Hunderte von Beamten, die gleichzeitig Entscheidungen treffen und an die Betriebe weiterleiten. Es ist unmöglich zu erwarten, daß diese Entscheidungen harmonisch aufeinander abgestimmt sind. Im Gegenteil, es mag zwar jede Direktive für sich genommen logisch sein, zusammen betrachtet ergibt sich jedoch in der Regel eine Unzahl von sich gegenseitig ausschließenden Befehlen und Verboten. In einem solchen Fall kann der Betrieb nicht alle Befehle erfüllen, er greift also diejenigen heraus, die für ihn am leichtesten zu erfüllen sind oder die mit der stärksten Sanktion verbunden sind. Die Nichterfüllung der übrigen Direktiven entschuldigt er damit, daß sie durch wichtigere Befehle anderer Instanzen außer Kraft gesetzt wurden. Es entsteht also auch hier eine unerwünschte und unkontrollierte Entscheidungsfreiheit der Betriebe, die aber wiederum nicht zu einem marktähnlichen Verhalten der Betriebe führt. Ihre Taktik läuft eher nur darauf hinaus, die für sie bequemsten Direktiven zu befolgen und die Nichterfüllung der übrigen glaubhaft zu entschuldigen.

Die negativen Erfahrungen, die mit direktiven Lenkungssystemen gemacht wurden, führten schließlich zur Suche nach einem Regelungsmechanismus im Rahmen des Lenkungssystems. Man ging dabei von dem Gedanken aus, daß die Betriebe mit Urteilkriterien ausgerüstet werden müssen, die es ihnen erlauben, eigene, ihren Interessen entsprechende Entscheidungen selbst zu treffen, wobei jedoch diese Entscheidungen den Anforderungen des Volkswirtschaftsplans entsprechen müssen.

Man kann nun hier zwei auf einem Regelungsmechanismus basierende Systeme unterscheiden. Das erste System entsteht durch die Anwendung von institutionellen Normen des „Sanktionssystems“ oder/und des „Speisungssystems“<sup>20</sup>, die den Aufbau eines Regelungsmechanismus ermöglichen. Man kann dieses an Hand eines Prämiensystems, also eines Teils des Sanktionssystems, verdeutlichen. Mittels Normativakten führt die Zentrale Kennziffern in das Prämiensystem ein, die einen stimulierenden, Richtlinien bildenden Einfluß auf die vom Betriebsmanagement gefällten Entscheidungen ausüben. Bei der Anwendung verschiedener Kennziffern, wie z. B. Stückkostenhöhe, Gewinnquote, Rentabilitätskoeffizient, Reinprodukt, Gesamtproduktion usw., ändert sich jedesmal die Strategie der

---

20) Wie oben schon unterstrichen wurde, sind diese Begriffe der Kybernetik entliehen worden.

Betriebe<sup>21</sup>; denn die Betriebsleitung muß Entscheidungen fällen, die der Erfüllung der gegebenen Kennziffern bestmöglich entsprechen. Durch die Kombination verschiedener Kennziffern sucht nun die Zentrale eine gewünschte Stimulation zu erreichen. Gleichzeitig versucht sie durch Änderung der Kennziffern die Strategie der Betriebe zu ändern, d. h. den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen sowie den eigenen Wünschen weitgehend anzupassen. Es entsteht also eine mehrdimensionale Zielfunktion, wobei die Zentrale die einzelnen Urteilkriterien für die Betriebe festlegt und sie nötigenfalls ändert. Die Zentrale stellt auch die Gewichtungsskala der einzelnen Kriterien auf, indem sie differenzierte Prämienraten mit den einzelnen Kennziffern verbindet. Wenn ich hier von einer mehrdimensionalen Zielfunktion spreche, so muß man jedoch einschränkend bemerken, daß die Betriebe meistens nicht einen Extremwert der einzelnen Kennziffern, sondern nur gewisse, durch die Zentrale vorgeschriebene Werte<sup>22</sup> zu erreichen suchen. Diese Basisgrößen engen den Spielraum der Betriebe sehr ein. Ähnlich wird er durch eine große Anzahl von Kennziffern stark eingengt. Im Extremfall kann es dadurch zu einer Situation kommen, in der der Unterschied zwischen dem direktiven Lenkungssystem und dem hier besprochenen System nicht mehr groß ist. So kann die auf Betriebsebene tatsächlich bestehende Entscheidungsfreiheit sogar bedeutend geringer sein als die formell von der Zentrale festgelegte.

Bei einer Betrachtung der Evolutionsrichtung des Lenkungssystems in der polnischen Volkswirtschaft läßt sich feststellen, daß die sechziger Jahre die Blütezeit dieses Lenkungssystems brachten. Vor allen Dingen sollten das Sanktionssystem und innerhalb dessen eine Reihe von sehr ausgebauten und ungemein komplizierten Prämiensystemen die Entscheidungen der Betriebe im Sinne der Zentrale beeinflussen. Es kam zu einer Fetischisierung des Prämiensystems, der materiellen Stimuli.<sup>23</sup> Es wurden ihm nämlich von den Konstrukteuren der Lenkungssysteme Eigenschaften zugeschrieben, die es eigentlich nicht besaß. So trat denn auch bei der Anwendung dieses Regelungsmechanismus eine Reihe unvorhergesehener Schwierigkeiten auf. Über sie entstand im Laufe der Jahre ein breites Schrifttum, das jedoch kaum zu deren Beseitigung beitragen konnte.

Im allgemeinen kann man von folgenden Mängeln sprechen:

1. Um dem stimulierenden Einfluß des Sanktionssystems genügend Nachdruck zu verleihen, legte die Zentrale den Anteil der Prämien am Gesamteinkommen der leitenden Angestellten sehr hoch fest. Er erreichte oft 60 v. H. und mehr des Gesamteinkommens, was zu einem überspannten Anreiz führte.<sup>24</sup> Daher kam es denn auch vor, daß die Betriebe die Rechen-

21) Einzelheiten bei J. G. Zielinski: *Business Reforms in Poland*, London, Glasgow 1974.

22) Diese Werte lauten z. B.: „zumindest die Höhe des in der vorigen Planperiode erreichten Wertes“; „der in der vorigen Planperiode erreichte Wert plus x % Verbesserung“, u. ä.

23) Vgl. K. Piotrowski: *Placa ruchoma jako narzędzie zarządzania* [Beweglicher Lohn als Werkzeug der Verwaltung], in: *Ekonomista* 1970, Nr. 2, S. 239—261.

24) Die Ansicht von der Notwendigkeit eines hohen Prämienanteils wird er-

schaftsberichte fälschten, um in den Genuß der mit der Erfüllung der Kennziffern gekoppelten Prämien zu gelangen. Die Wirtschaftsinstanzen der mittleren Leitungsebene (die Branchenvereinigungen) ließen dieses allgemein zu, da sie erstens meistens nicht imstande waren, die Unrichtigkeit der Berichte zu beweisen, zweitens oft auch an denselben Prämien interessiert waren und drittens nicht durch Zurückhaltung von Prämien den Zusammenbruch des Budgets der leitenden Angestellten herbeiführen wollten. Im Fazit wurde das System zur Fiktion. Andererseits wurde allgemein hervorgehoben, daß ein Abbau des Anteils der Prämien am Gesamteinkommen zu einer Schwächung des materiellen Anreizes führen würde. Der hohe Prämienanteil sollte die Manager das Risiko falscher Entscheidungen tragen, gleichzeitig aber ihnen auch eine Belohnung für richtige Maßnahmen zuteil werden lassen.

2. Bei der Anwendung einer oder nur weniger Kennziffern mit einem breiten Rezeptionsfeld<sup>25</sup> mag der stimulierende Einfluß des Sanktionensystems von der Zentrale als ungenügend angesehen werden, da ja die durch diese Kennziffern vermittelten Informationen wenig selektiv sind.<sup>26</sup> So fügt dann die Zentrale zusätzliche Koeffizienten mit schmalen Rezeptionsfeldern hinzu. Diese engen jedoch die Entscheidungsfreiheit der Betriebe über das formell vorgesehene Maß ein, sie müssen weiterhin oft geändert werden, damit der Regelungsmechanismus aktuell bleibt. Dieses führt wiederum zu einer Zerstörung des Regelungskreises. Das System tendiert somit zum Befehlssystem.

3. Die Vielzahl der von der Zentrale als Urteilkriterien festgelegten Kennziffern führt zur Entstehung einer mehrdimensionalen Zielfunktion auf der Betriebsebene. Nun bestehen zwar heute mathematische Methoden, die es erlauben, Entscheidungen bei mehreren Kriterien zu treffen.<sup>27</sup> Dennoch muß man sich vor Augen halten, daß der Entscheidungsprozeß dadurch ungemein kompliziert wird. Jede Entscheidung erfordert erst langwierige Berechnungen. Dies ließe sich jedoch verteidigen, wenn dadurch der von der Zentrale auf die Strategie der Betriebe ausgeübte Einfluß einen befriedigenden Grad an Genauigkeit aufweisen würde. Dieser

---

staunlicherweise auch heute noch von manchen Wirtschaftsfachleuten vertreten. Vgl. die Artikelreihe von M. M i e s z c z a n k o w s k i : Jednostki inicjujące [Die ersten Betriebe] [gemeint: des neuen Lenkungssystems], in: Życie Gospodarcze 1974, Nr. 17, 23, 37 und 38.

25) Das Rezeptions- oder Beobachtungsfeld wird durch die ökonomischen Geschehnisse gebildet, die auf die gegebene Kennziffer einen Einfluß ausüben. Diese Kennziffer wird als Rezeptor des im kybernetischen Sinn als Organismus betrachteten Betriebes behandelt. Der Gewinn hat z. B. ein breites Rezeptionsfeld, da er viele ökonomische Geschehnisse registriert, er ist aber deshalb auch wenig selektiv. Kennziffern mit schmalen Rezeptionsfeldern sind sehr selektiv, da sie nur ein oder nur einige ökonomische Geschehnisse registrieren.

26) So kann man z. B. den Gewinn auf volkswirtschaftlich erwünschte oder unerwünschte Weise maximieren.

27) Solche Methoden werden z. B. in der Arbeit von H. S t r e b e l : Zur Gewichtung von Urteilkriterien bei mehrdimensionalen Zielsystemen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft 42 (1972), Nr. 2, dargestellt.

Grad wurde jedoch nicht erreicht. Da nämlich das Erreichen der vorgeschriebenen Größen der einzelnen Kennziffern auf Grund der Differenzierung der betriebsinternen Verhältnisse für die Betriebe mit einem unterschiedlichen Erschwernisgrad verbunden ist, neigen diese dazu, gewisse Kennziffern zu bevorzugen. Meistens sind das nicht die Kennziffern, für die von der Zentrale die höchsten Prämienraten vorgesehen sind, sondern diejenigen, bei denen das Verhältnis vom Grenzzuwachs des Prämienfonds zum Grenzzuwachs der Arbeitsanstrengungen für den Betrieb am günstigsten liegt. Somit gehen die Betriebe in der Regel von einer anderen Bewertungsfunktion aus als die Zentrale, was deren Einfluß auf die Strategie der Betriebe, auch bei einem sehr komplizierten Sanktionssystem, nachhaltig schwächt.

4. Es bleibt noch zu unterstreichen, daß die Zentrale durch Festsetzung der Basisgrößen (Planvorlagen) der Kennziffern eigentlich eine Optimierung unmöglich macht. Dadurch suchen nämlich die Betriebe nicht die Extremwerte einer mehrdimensionalen Zielfunktion, sondern nur eine von der Zentrale arbiträr bestimmte Größe. Wenn man zusätzlich in Betracht zieht, daß die Größen von der Zentrale für verschiedene Kennziffern festgelegt werden, so ist es leicht zu verstehen, daß in der Regel ein disharmonisches Programm entsteht; denn man kann zwar ein Samelloptimum für verschiedene Zielgrößen errechnen, jedoch nur unter der Bedingung, daß bei der Verwirklichung dieser mehrdimensionalen Zielfunktion die Werte der einzelnen Zielgrößen (Kennziffern) errechnet und nicht von außen bestimmt werden.

5. Zusätzlich wurden oft als Randbedingungen der Zielfunktion von der Zentrale die Größen der Ressourcen (Planvorgaben, Limite) festgelegt, mit denen die Betriebe im Planzeitraum rechnen können. Da diese Größen ebenfalls arbiträr für die einzelnen Betriebe festgelegt werden, ist es den Betrieben unmöglich, die beste Kombination der einzelnen Produktionsfaktoren selbst zu wählen. Die Kombination geht vielmehr aus den von der Zentrale bestimmten Limiten und finanziellen Normativen hervor. Da die Ressourcen mit dem höchsten Knappheitsgrad die Ausnutzung der übrigen Kapazitäten bestimmen, können schließlich nicht die Werte der Zielfunktion erreicht werden, die bei einer Auslastung der gesamten Kapazität resultieren würden, sondern nur die Werte, die mit dem Produktionsfaktor zu erreichen waren, dessen Zuteilung am knappsten war.<sup>28</sup> Diese Situation ließe sich nur dann vermeiden, wenn die Betriebe an Hand ihrer Zielfunktion die Dualpreise, die die Produktionsfaktoren bei ihnen erhalten, der Zentrale meldeten und diese dann eine Reallokation der Ressourcen vornähme, indem sie die Vorgaben der Produktionsfaktoren gemäß den höchsten Dualpreisen vergrößerte et vice versa. Es ist dieses die bekannte Methode des two-level-planning, die aber zur Zeit in der Volkswirtschaftspraxis noch keine Anwendung findet.<sup>29</sup> Eine andere Mög-

28) Vgl. W. B a k a : Rachunek ekonomiczny w programowaniu centralnym [Die Wirtschaftsrechnung in der zentralen Programmierung], in: Rachunek ekonomiczny w gospodarce socjalistycznej [Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Wirtschaft], hrsg. von A. M e l i c h , Warschau 1974.

lichkeit würde darin bestehen, daß die Zentrale nur die Höhe der Kaufkraft der Betriebe regelt, wobei die Betriebe im Rahmen der eigenen Geldmittel frei die gewünschte Kombination der Produktionsfaktoren vornehmen könnten. Dies wäre jedoch im Rahmen des hier besprochenen Systems nicht möglich, da die Zentrale dann nämlich wieder ihrerseits keinen Einfluß auf die von den Betrieben gewählten Produktionsmethoden ausüben könnte.

Es bleibt noch zu untersuchen, ob und inwiefern dieses System auf einem Marktkoordinationsmeehanismus beruht. Ein marktähnliches Verhalten der Betriebe schiene beispielsweise dann gegeben, wenn diese durch die Zentrale Gewinnmaximierung als Zielvorstellung vorgeschrieben bekommen, wenn sie an Hand dieses Kriteriums die von ihnen produzierte Gütersortimentsstruktur bestimmen und wenn sie sich dabei nach den bestehenden Preisen richten würden. In Wirklichkeit sind in diesem System nicht die — meistens starren — Preise die Informationsträger, sondern die Zentrale versucht durch Kombination von als Zielkriterien fungierenden Kennziffern die Tätigkeit der Betriebe zu koordinieren. Durch diese Kennziffern kann sie die Betriebe sowohl an Kostenminimierung und Gewinnmaximierung als auch Produktionsmaximierung interessieren. Im letzten Fall führt das dann dazu, daß die Betriebe nicht ein vom Abnehmer gewünschtes Produktions Sortiment wählen, sondern vielmehr ein Sortiment, das ihnen erlaubt, leicht eine hohe Produktionsgrößenkennziffer zu erreichen. Wenn die Produktionsgröße in Geldeinheiten gemessen wird (was außer dem Fall einer einheitlichen Produktion, die man in Mengeneinheiten summieren kann, in der Regel stattfindet) und die Industriepreise an Hand der Preisformel Durchschnittskosten plus Gewinnmarge gebildet werden, so lohnt es sich z. B., teure Materialien für die Produktion zu benutzen, da dank dessen leicht ein hoher Wert der Kennziffer erreicht werden kann. Man kann diese Taktik jedoch schlecht als marktähnliches Verhalten bezeichnen, da sie vom Standpunkt der im Marktsystem geltenden Regeln unlogisch ist, im beschriebenen Lenkungssystem jedoch als logische, wenn auch unerwünschte Nebenerscheinung der gewählten Kennziffer auftritt.

Aus den angeführten Beispielen läßt sich nun die Schlußfolgerung ziehen, daß man bestimmt nicht vom Markt als Koordinationsmeehanismus reden kann. Zwar mag bei der Aufstellung gewisser Kennziffern durch die Zentrale als Zielkriterien der Betriebe (z. B. Gewinnmaximierung) ein marktähnliches Verhalten auftreten, bei einer anderen Wahl hingegen überhaupt nicht. Die Idee dieses Systems besteht nämlich nicht in dem Versuch, ein marktähnliches Verhalten nachzuahmen, sondern in dem Versuch, einen aus Kennziffern, Prämienfonds und -raten, Basisgrößen, Normativen u. ä. Elementen bestehenden Regulationsmeehanismus zu kon-

---

29) Es handelt sich hier um die in den Arbeiten von J. Kornai - T. Lipták und G. B. Dantzig - Ph. Wolfe behandelten Methoden. Vgl. auch Weber, Zur Problematik einer sogenannten Konvergenz von Wirtschaftssystemen (wie Anm. 1), bes. S. 152.

struieren, wobei die Auswahl dieser Größen rein pragmatisch ist. Im krassen Gegensatz zu jedem Marktmechanismus wird in diesem Lenkungssystem die Liquidität des Geldes für die Betriebe durch administrative Vorschriften stark eingeengt.<sup>30</sup> Es besteht hier nun zwar, wie Friedrich Haffner unterstreicht, ein Spielraum für subjektive Entscheidungen der Wirtschaftsobjekte<sup>31</sup>, jedoch kann man in ihnen nicht, ohne den Begriff des Marktes als Koordinationsmechanismus vollkommen zu entwerfen, ein Auftreten von Marktbeziehungen sehen.

Die Schwächen des mit institutionellen Normen arbeitenden Lenkungssystems stellen seine Effizienz in Frage. Diese läßt sich auch nicht dadurch erhöhen, daß die Zentrale zusätzlich inzidentale Direktiven (Befehle, Verbote) anwendet; denn dadurch entstehen im Rahmen des Lenkungssystems nur neue Widersprüche. Die Suche nach neuen Möglichkeiten führte schließlich zu „pretialen“ Lenkungssystemen.<sup>32</sup> Man muß hier jedoch unterstreichen, daß, im Gegensatz zu den beiden vorher behandelten Systemen, ein pretiales Lenkungssystem zur Zeit nur als Denkmodell besteht, mit ihm auch noch keine praktischen Erfahrungen größeren Umfangs gesammelt wurden, die es erlauben würden, dieses Denkmodell positiv oder negativ zu verifizieren. Trotz der oben beschriebenen Mängel der auf inzidentalene Direktiven oder institutionellen Normen basierenden Lenkungssysteme zögerte die Zentrale nämlich jahrelang mit der Anwendung des pretialen Instrumentariums, und zwar hauptsächlich deshalb, weil dieses System grundlegende Umwälzungen in der Preistheorie und Preispolitik erfordert.<sup>33</sup> Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist für die Zentrale das auf Normativakten basierende Lenkungssystem wenigstens scheinbar leichter zu handhaben, da man hier die Preise als gegeben betrachtet und nur die als Urteilskriterien fungierenden Kennziffern so wählt, daß sie die in den Preisen enthaltenen Informationen in einer von der Zentrale erwünschten Weise entschlüsseln oder auch außerhalb des Preissystems selbständig einen stimulierenden Einfluß ausüben.<sup>34</sup> Erst im Zusammenhang mit der in Polen nach 1970 angelaufenen Wirtschaftsreform des Planungs- und Lenkungssystems wird den pretialen Methoden (im polnischen Sprachbereich „parametrisches System“ genannt) größere Aufmerksamkeit geschenkt.

30) Die Vorschriften können z. B. bestimmen, daß der Betrieb von einem bestimmten Fonds nur gewisse Käufe tätigen darf und daß kein Geldfluß zwischen den einzelnen Fonds bestehen darf. So darf der Betrieb in der Praxis Löhne nur vom zentral festgelegten Lohnmittelfonds zahlen und darf dafür nicht Geldüberschüsse aus dem Investitionsfonds verwenden et vice versa.

31) Vgl. Haffner, Marktbeziehungen, S. 89.

32) Der Begriff „pretiale Lenkungsmethoden“ stammt von Schmalenbach. Vgl. E. Schmalenbach: Pretiale Wirtschaftslenkung, Bde 1—2, Bremen 1948.

33) Zu diesen Problemen vgl. meine Arbeiten: K. Piotrowski, Sprawność systemów zarządzania gospodarka narodowa (wie Anm. 17), und ders.: Czynniki przeszczeni w zarządzaniu przedsiębiorstwami socjalistycznymi (wie Anm. 9), Kap. 1, 2 und 5.

34) Das trifft z. B. bei Naturalkennziffern zu.

Bei einem pretialen Lenkungssystem wird nun den Betrieben eine Ziel-funktion mit einem Urteilkriterium — der Gewinnquote — von der Zentrale vorgeschrieben. Alle übrigen Informationen müssen durch das Preissystem vermittelt werden. Es muß sich hier also um Preise handeln, die die Betriebe dazu anhalten, an Hand einer selbständig durchgeführten Wirtschaftsrechnung Produktionsmethoden und Produktionsausstoß so zu wählen, daß sie dem Sinn des Volkswirtschaftsplans ungefähr entsprechen. Die Einführung eines pretialen Lenkungssystems bedingt die Klärung einer Reihe von relevanten Fragen, und zwar: 1. Welche und wieviele Preise müssen von der Zentrale festgelegt werden, damit diese einen genügenden Einfluß auf die Entscheidungen der Betriebe ausüben kann? 2. Welchen Grad an Flexibilität müssen die Preise aufweisen, um aktuelle Informationen an die Betriebe zu übermitteln? 3. Welche Konzeption muß der Preiskalkulation zugrunde liegen? 4. Wie kann man erreichen, daß die pretialen Informationen eine von der Zentrale erwünschte Reaktion der Betriebe nach sich ziehen?

Wenn die Zentrale keine inzidentaln Direktiven und keine institutionellen Normen als Lenkungsinstrumente anwendet, muß sie das Preissystem in den Griff bekommen, da ihr sonst die Möglichkeit fehlen würde, Informationen aus dem zentralen Plan und über die eigenen Präferenzen an die Betriebe zu leiten. Damit würde der Volkswirtschaftsplan als Koordinationsmechanismus zu einer Fiktion werden, und die sozialistische Volkswirtschaft würde dieselben Mängel aufweisen, mit denen man im Rahmen einer freien Marktwirtschaft kämpfen muß.

Um nun wenigstens in Kürze auf die oben aufgeworfenen Probleme einzugehen, muß man vor allen Dingen unterstreichen, daß es unmöglich ist, alle Preise zentral festzulegen.<sup>35</sup> Gewisse Schlußfolgerungen, die man an Hand der ungarischen Erfahrungen ziehen kann, erlauben es, der Ansicht Ausdruck zu verleihen, daß es wohl genügt, wenn die Zentrale für die wichtigsten Grundnahrungsmittel und industriellen Konsumgüter sowie für die Ressourcen und wichtigsten Produktionsfaktoren allgemeingültige Preise festlegt.<sup>36</sup> Da es Gleichgewichtspreise sein müssen, würde dann sowieso die Notwendigkeit bestehen, durch Angebotsänderungen alle Nachfrageänderungen vorwegzunehmen. Die das Angebot bestimmenden Produktionsänderungen muß die Zentrale also beizeiten inspirieren. Dabei darf es sich wirklich nur um eine beschränkte Anzahl von Gütern und Dienstleistungen handeln, da sonst diese Aufgabe nicht von der Zentrale bewältigt werden kann. Eine zweite Gruppe von Preisen ließe sich als

---

35) Vgl. J. S. Malyšev: *Obščestvennyj učet truda i cena pri socializma* [Gesellschaftliche Arbeitsberechnung und Preis im Sozialismus], Moskau 1960, sowie F. Haffner: *Das sowjetische Preissystem*, Berlin 1968.

36) Darüber J. Sliwa: *Rola cen w powiązaniu produkcji z rynkiem* [Die Rolle der Preise in der Bindung der Produktion an den Markt], Warschau 1971, S. 206 ff.; vgl. auch A. Lipowski, U. Wojciechowska: *Funkcje cen i ich system racjonalny* [Die Preisfunktionen und ihr rationales System] (*Prace i Materiały Zakładu Badania Cen Państwowej Komisji Cen*, Nr. 25), Warschau 1974, S. 43 ff.

Richtpreise oder Höchst- und Mindestpreise (Margenpreise) aufstellen. Damit würde die Zentrale von der Pflicht befreit sein, oft Preisrevisionen durchzuführen, da sich ja hier flexible Gleichgewichtspreise im Rahmen der festgelegten Margen bilden würden, wobei die Preisschwankungen gleichzeitig die Produzenten über Änderungen der Nachfrage informieren würden. Die dritte Gruppe würde schließlich freie Preise umfassen, die aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage resultieren. Damit wäre auch das Problem der Preisflexibilität gelöst, d. h. bei den zentral fixierten Preisen muß die Zentrale dafür sorgen, daß bei gegebenem Preis das Angebot der Nachfrage entspricht, oder sie muß die Preise ändern. Bei den Margen- und Richtpreisen sowie bei den freigegebenen Preisen würde schon ex definitione ein so hoher Grad an Flexibilität auftreten, daß hier die Preise zum Gleichgewichtsniveau tendieren würden, wodurch die Produzenten und Abnehmer pretiale Informationen erhalten würden.<sup>37</sup>

Lange Jahre hindurch bestand in der sozialistischen Volkswirtschaftstheorie die Ansicht, daß die Preise im Sozialismus Fixpreise sein müssen und können. Generell ist diese Ansicht für eine Kommandowirtschaft zutreffend, da ja bei direktiven Lenkungsmethoden die Reaktionen der Betriebe unabhängig vom Preissystem vonstatten gehen und somit die Preise sowieso keinen Einfluß auf den Ablauf der Wirtschaftsprozesse ausüben. Bei einer fortschreitenden Dezentralisierung müssen Preisinformationen ausgenutzt werden, also müssen Gleichgewichtspreise auftreten, was entweder konstante Proportionen von Angebot und Nachfrage bedingt oder flexible Preise nach sich zieht. Es ist wichtig und aus sozialpolitischen Gründen erwünscht, starre Preise für Grundnahrungsmittel und wichtige industrielle Konsumgüter zu haben, um einem Anwachsen der Unterhaltskosten der Bevölkerung vorzubeugen; dieselbe Prämisse besteht aber nicht bei den übrigen Gütern und Dienstleistungen. Das Dogma der starren Preise muß also und kann auch ohne Schaden für die Bevölkerung im pretialen Lenkungssystem verworfen werden.

Die Preise werden in den sozialistischen Ländern an Hand der Selbstkosten plus Gewinnformel errechnet. Man kann im Rahmen dieser Konzeption reine Selbstkostenpreise oder fondsbezogene Industriepreise anwenden; dieses ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß es sich um Kostenpreise und nicht um Knappheitspreise handelt. Die weitverbreitete Anwendung dieser Formel scheint vornehmlich aus zwei Ursachen hervorzugehen: erstens ist die falsche Ansicht weit verbreitet, daß nur Kostenpreise dem Prinzip des Marxschen Wertgesetzes entsprechen, zweitens ist es bei einer zentralen Preispolitik am einfachsten, von den Selbstkosten der Betriebe auszugehen.<sup>38</sup> Diese Ansichten gilt es zu überwinden, wobei man z. B. untersuchen müßte, inwieweit direct-costing-Preise den Bedürf-

---

37) Darüber hinaus kommen Informationen aus Vereinbarungen, die mit den Lieferanten und Abnehmern getroffen werden.

38) Diese Ansicht vertritt W. H a m m : Preise als verkehrspolitisches Ordnungsinstrument, Heidelberg 1964; er belegt diese Meinung an Hand von Beispielen aus der Tarifpolitik.

nissen eines pretialen Lenkungssystems entsprechen würden.<sup>39</sup> Ein weiterer, bisher jedoch noch nicht beschrittener Weg scheint in der Verbindung von Optimalplan und Preissystem zu liegen.<sup>40</sup>

Die bisher gesammelten Erfahrungen mit pretialen Lenkungssystemen sind, wie schon erwähnt wurde, gering; daher läßt sich auch zur Zeit wenig Genaues über das wahrscheinliche Verhalten der Betriebe in einem pretialen Lenkungssystem sagen. So wird u. a. der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Betriebe gar nicht auf Preisinformationen ansprechen oder nur bei sehr starken Preisänderungen reagieren würden. In der heutigen Wirtschaftspraxis ist die Preiselastizität von Angebot und Nachfrage der Betriebe wirklich äußerst niedrig. Das erklärt sich aber daraus, daß ja bei einem Lenkungssystem, das vorherrschend Direktiven oder Normativakte verwendet, es nicht die Preise sind und auch nicht sein können, die Reaktionen der Betriebe hervorrufen. Daher kann man aus diesem Tatbestand keine Schlußfolgerungen über das Verhalten der Betriebe in einem pretialen Lenkungssystem ziehen. Es würde hier vor allen Dingen darum gehen, daß die Preisinformationen nicht durch andere Lenkungsinstrumente „übertönt“ werden, und auch darum, das Sanktions- und Speisungssystem so zu konstruieren, daß sie auf Preisinformationen ansprechen und diese entsprechend herausstellen.

Ein weiteres zur Zeit schwer zu lösendes Problem besteht darin, eventuellen monopolistischen Praktiken der sozialistischen Betriebe entgegenzuwirken. Und zwar besteht die wirkliche Gefahr, daß bei einem Produzentenmarkt die Betriebe ihre Machtstellung ausnutzen werden, um ihre Produktion zu möglichst hohen Preisen oder bei konstanten Preisen in schlechter Qualität abzusetzen. Diese Einwände gegen ein pretiales Lenkungssystem lassen sich auch nicht dadurch entkräften, daß ja schließlich bei einem Produzentenmarkt diese Betriebsstrategie in jedem Lenkungssystem auftreten kann; denn das pretiale System soll ja möglichst effizienter sein. Auch kann man sich von einem ausgebauten staatlichen Preiskontrollsystem keine hohe Effizienz versprechen, so wie es ja immer bei betriebsfremden Kontrollapparaten der Fall ist. Vielleicht ließe sich hier durch eine Kontrolle der Abnehmer- und Belieferungsbetriebe seitens der Belegschaftsorgane etwas erreichen. Man kann auch gewisse Hoffnungen mit dem Anwachsen des sozialistischen Bewußtseins und eines makroökonomischen Denkens beim Betriebsmanager verbinden. Dieses Problem harrt noch einer Lösung.

---

39) Darüber J. Lipiński: Ceny a koszty [Preise und Kosten], in: *Ekonomista* 1958, Nr. 4; ders.: Ceny a dostawcy [Preise und Lieferanten], in: *Ekonomista* 1972, Nr. 1; vgl. auch B. Minc: *Nowa teoria cen* [Die neue Preistheorie], Warschau 1972.

40) Diese Möglichkeiten wären aber erst dann realisierbar, wenn man an Hand mathematischer Methoden einen Optimalplan aufstellen könnte. Einzelheiten enthalten die bekannten Arbeiten der sowjetrussischen Wirtschaftswissenschaftler und Mathematiker L. Kantorovič, V. V. Novożylov, V. S. Nemčinov, V. Dadajan und L. Tieriechov sowie der Ungarn Kornai und Lipták. Im deutschen Schrifttum behandelt diese Probleme u. a. Weber, *Zur Problematik...* (wie Anm. 1).

Im Gegensatz zu den beiden vorher untersuchten Modellen von Lenkungssystemen beruht das hier besprochene pretiale System auf einer Nachahmung des Marktmechanismus und setzt auch bei den Akteuren eine marktähnliche Verhaltensweise voraus. Wenn man also nach marktähnlichen Elementen im Rahmen der zentral koordinierten Wirtschaft sucht, so lassen sich diese nur im Rahmen des pretialen Lenkungssystems finden. Hierbei muß noch daran erinnert werden, daß sogar weitgehende Grade der Dezentralisierung im Lenkungsmechanismus dem zentralen Volkswirtschaftsplan keinen Abbruch tun. Es bleibt also zu prüfen, ob in diesem Fall von der Anwendung beider Koordinationsmechanismen gesprochen werden kann und muß. Friedrich Haffner meint zu diesem Problem: „Dem ökonomisch voll entwickelten Begriff eines Marktes in einer marktwirtschaftlichen Ordnung kann in einer Zentralverwaltungswirtschaft nur ein rein technischer Begriff des Marktes gegenübergestellt werden, der den Tauschakt und die Berechenbarkeit in Geld zum Inhalt hat. Alle ökonomischen Probleme, die Menge, Preis, die Tauschpartner, Ort, Zeit usw. betreffen, werden nicht durch Übereinkunft, sondern durch den Plan gelöst und bestimmt.“<sup>41</sup> Man muß nun diese Aussage so interpretieren, daß der zentrale Plan immer alle ökonomischen Probleme für eine künftige Periode zu lösen trachtet, er bildet also das eigentliche Koordinationssystem. Diese Koordination bezieht sich aber nur auf die Planungssphäre. Hingegen bestehen die Aufgaben des Lenkungssystems darin, die geplante Koordination in die Wirtschaftspraxis zu übertragen. Wie aus den bisherigen Erwägungen hervorgeht, wird diese Koordination sowohl bei dem auf Direktiven als auch bei dem auf Normativakten basierenden Lenkungssystem nicht durch eine Nachahmung marktähnlicher Verhaltensweisen erzielt. Und dies geschieht auch dann nicht, wenn Informationslücken auftreten, da auch dann die zufällige, subjektive Entscheidungsfreiheit der Betriebe<sup>42</sup> in keiner Weise einem marktähnlichen Verhalten entspricht. Ihr Verhalten ist nämlich nicht marktkonform, sondern lenkungssystemkonform. Auf das pretiale Lenkungssystem kann man folgenden Ausspruch Haffners beziehen: „... es gab und gibt heute in stärkerem Umfang auch marktähnlich funktionierende und indirekt gelenkte Teilbereiche mit spezifischen Lenkungsmethoden und Problemen.“<sup>43</sup> Jedoch scheint der Terminus „Teilbereich“ nicht richtig gewählt, da ja ein pretiales Lenkungssystem die gesamte Volkswirtschaft umfassen kann.

Um zu entscheiden, ob und inwiefern ein pretiales Lenkungssystem auf einem Marktkoordinationsmechanismus beruht, müßte man den Begriff des Marktes näher untersuchen. Die vollständigste Definition des Marktes kann man bei L. v. Mises finden. Er schreibt: „Markt nennt die Nationalökonomie den Prozeß, durch den in der auf Sondereigentum an den Produktionsmitteln bestehenden arbeitsteiligen Wirtschaft (Marktwirt-

41) Haffner, Marktbeziehungen, S. 87.

42) ebenda, S. 89.

43) ebenda, S. 102.

schaft) die Erzeugung in die Wege gelenkt wird, auf denen sie der Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Verbraucher am besten dient.“<sup>44</sup> Die Koordinierung der Handlungsweise der einzelnen Wirtschaftsobjekte vollzieht sich hierbei über die sich auf dem Markt vollziehende Preisbildung.<sup>45</sup> In anderen Definitionen des Marktes fehlt der Hinweis auf die Eigentumsform. So schreibt z. B. E. Schneider: „Die Gesamtheit der ökonomischen Beziehungen (Tauschbeziehungen, Kauf- und Verkaufsrelationen) zwischen einer Gruppe von Abnehmern und Nachfragern pflegt man als einen Markt zu bezeichnen.“<sup>46</sup> Den Markt bilden alle Käufer und Verkäufer, deren voneinander abhängige Entscheidungen das Angebot und die Nachfrage bilden und einen Einfluß auf das Preisniveau ausüben.<sup>47</sup> Gerade der von L. v. Mises kommende Hinweis auf das Sondereigentum, der in anderen Definitionen fehlt, scheint aber wichtig zu sein. Wenn nämlich Güter durch verschiedene Akteure, die einer Eigentumsform angehören, produziert und gegenseitig ausgetauscht werden, so tritt hier keine Ware und keine Marktbeziehung *sensu stricto* auf, auch dann nicht, wenn der Wert der Güter in Geldeinheiten ausgedrückt wird und diese in Geld abgegolten werden.<sup>48</sup> Im Fazit kann man

44) L. v. Mises, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd 7, Stuttgart 1961, S. 131.

45) Volkswirtschaftslehre (wie Anm. 1), S. 16.

46) E. Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, 11. Aufl., Tübingen 1967, S. 77.

47) Mała encyklopedia ekonomiczna [Kleine Wirtschaftsencyklopädie], 2., verm. Aufl., Warschau 1974, S. 723.

48) Über das Problem, ob im Sozialismus eine „echte“ Warenproduktion besteht oder auch nicht, gibt es ein ausführliches Schrifttum. J. Stalin vertritt in der Arbeit „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ (deutsch Berlin 1952) die Ansicht, daß Produktionsgüter, die den staatlichen Sektor nicht verlassen, keine Waren seien, Konsumgüter hingegen ja. Diese Meinung besitzt keine genügende theoretische Untermauerung, sie hat sich aber seit der Zeit weit verbreitet. W. Brus vertritt in der in Anm. 13 zitierten Arbeit eine andere Ansicht, indem er den Charakter einer Ware auch bei Produktionsgütern festzustellen glaubt und von einem Arbeitsmarkt (wenn auch nicht Arbeitskräftemarkt) spricht. Er nähert sich somit der Konzeption eines Marktsozialismus, die jedoch in den sozialistischen Ländern aus bestimmten — auch in dieser Arbeit angeführten — Gründen verworfen wurde. Diese Konzeption findet jedoch wohl bei westlichen Wissenschaftlern noch weiter Anklang, wahrscheinlich schon deshalb, weil sie der gesamtwirtschaftlichen Konzeption dieser Wissenschaftler, dem Denken in Marktgrößen, am meisten entspricht. Außer dieser extrem marktwirtschaftlich ausgerichteten Position findet die Ansicht am meisten Anhänger, daß eine dem Plan unterworfenen Gestalt des Marktes im Sozialismus besteht. Beispielhaft für diese Theorien sind die Arbeiten von J. Mujżel (z. B.: *Przedsiębiorstwo socjalistyczne a rynek* [Das sozialistische Unternehmen und der Markt], Warschau 1966; *Stosunki towarowe w gospodarce socjalistycznej* [Warenbeziehungen in der sozialistischen Wirtschaft], Warschau 1963) sowie zwei Sammelwerke („Plan a rynek“ [Plan und Markt], Warschau 1969, und „Dyskusja o funkcjonowaniu gospodarki socjalistycznej“ [Die Diskussion um das Funktionieren der sozialistischen Wirtschaft], Warschau 1969), in denen eine Reihe namhafter polnischer Ökonomen zu diesem Problem Stellung genommen hat. Die Meinungen der einzelnen Autoren weichen dabei oft sehr weit voneinander ab. Im allgemeinen kann man gegen die dort geäußerten Theorien einwenden, daß sie sich mehr mit der Erklärung

also nicht von Warenaustausch und somit auch nicht von Marktbeziehungen zwischen volkseigenen Betrieben sprechen, da sie ja einer Eigentumsform angehören und der Eigentümer — das Volk oder, besser gesagt, sein Repräsentant in Gestalt der Wirtschaftszentrale — nicht die Dispositionsgewalt über das Gut verliert. Im Sinne der Misesschen Definition kann also im Sozialismus nicht vom Markt gesprochen werden, aber auch nicht im Sinne der Schneiderschen Definition, da ja ein Kauf und Verkauf nicht stattfindet, weil das Gut zwar seinen Besitzer, nicht aber seinen Eigentümer wechselt.

Es läßt sich nun im Rahmen dieser Abhandlung dieses Problem nicht ausführlich darstellen, doch möchte ich ganz kurz auf einige damit verbundene Probleme eingehen. Die obigen Überlegungen wurden unter der Voraussetzung des sog. reinen Sozialismus angestellt, d. h. das Bestehen von Gruppeneigentum der Genossenschaften blieb unberücksichtigt. Durch Verzicht auf diese Prämisse entstehen natürlich neue Probleme, da ja hier eine Warenproduktion *sensu stricto* auftritt, weil ein von einer Genossenschaft an eine andere Genossenschaft oder an einen volkseigenen Betrieb verkauftes Gut seinen Eigentümer wechselt. Ähnlich verhält sich die Situation beim Sondereigentum an Produktionsmitteln in der Landwirtschaft, wie es ja bekanntlich in Polen der Fall ist. Um jedoch den Rahmen dieses Aufsatzes nicht zu sprengen, möchte ich bei der Prämisse des reinen Sozialismus bleiben. Aber auch dann entsteht noch das Problem des Konsumgütermarktes. In manchen von westlichen Theoretikern geschaffenen Denkmodellen der zentralen Planwirtschaft wird eine freie Konsumgüter- und Arbeitsplatzwahl verneint.<sup>49</sup> Jedoch wird weder in der Theorie noch in der Praxis der sozialistischen Wirtschaftssysteme ein Kartensystem für Konsumgüter oder eine Arbeitsplatzzuweisung angestrebt.<sup>50</sup> Dies bedeutet aber nur, daß man in diesem Bereich nie die Anwendung eines Befehlssystems oder eines anderen nichtprezialen Systems als Alternative in Erwägung gezogen hat. Es bedeutet jedoch keineswegs, daß diese volkswirtschaftlich überaus wichtigen Gebiete nicht im zentralen Plan vertreten sind, sondern nur, daß man hier immer ein preziales Lenkungssystem anwendet, das die Haushalte zur Realisierung des zentralen Konsumtionsplans und die Arbeitskräfte zu einer dem zentralen Plan entsprechenden Allokation stimulieren soll. Die einzelnen Mitglieder der sozialistischen

---

äußerer Erscheinungen als mit dem Wesen der Dinge befassen. Es gibt auch eine extrem markt ablehnende Haltung, wie sie z. B. S. Ł y s k o in den Arbeiten „Antynomia teorii rynku w socjalizmie“ [Die Antinomie der Markttheorie im Sozialismus] (in: *Ekonomista* 1967, Nr. 3) und „Z teorii gospodarki socjalistycznej. Problemy stosunków towarowych“ [Aus der Theorie der sozialistischen Wirtschaft. Probleme der Warenbeziehungen] (Warschau 1975) repräsentiert. Trotz gewisser Schwächen dieser Theorie, die daraus resultieren, daß sie manche Erscheinungen noch nicht vollständig klären kann, scheint diese Ansicht jedoch am konsequentesten zu sein.

49) Mit einem solchen Denkmodell operiert z. B. G. N. H a l m in der in Anm. 15 zitierten Arbeit.

50) Das kann es nur in einer Kriegswirtschaft und dann sowohl im Sozialismus als auch im Kapitalismus geben.

Gesellschaft verausgaben spezialisierte Arbeit im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, wobei sie sich der verstaatlichten Produktionsgüter bedienen. Als Frucht dieser Arbeit entsteht das Bruttosozialprodukt. Es dient der erweiterten Reproduktion der sachlichen Produktionsfaktoren und dem gesellschaftlichen sowie individuellen Konsum, wobei der individuelle Konsumgüterfonds nach Arbeitsaufwand des Einzelnen differenziert verteilt wird. Er wird also verteilt im Rahmen der sozialistischen Gesellschaft, wobei seine Bestandteile nicht ihre Eigentümer, wohl aber ihre Besitzer wechseln.<sup>51</sup> Damit sind also nicht nur die zwischen den einzelnen Betrieben des volkseigenen (also staatlichen) Eigentumssektors verteilten Güter keine Waren, sondern auch die Konsumgüter, die an Arbeiter dieses Sektors von Betrieben des staatlichen Sektors überwiesen werden, sind es nicht. Es tritt hier nämlich kein Verkaufsakt auf, was leicht zu beweisen ist. Ein Verkaufsakt umfaßt den Tausch der Ware Arbeitskraft gegen die Ware Konsumgut. Im Sozialismus ist die Arbeitskraft keine Ware, da dies bedeuten würde, daß das Mitglied der sozialistischen Gesellschaft „Hans Müller“, das Miteigentümer der Produktionsmittel ist, sich selbst die Arbeitskraft des „Hans Müller“ offeriert und sie kauft. Das Bestehen des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln schließt diese Situation also aus. Wenn nun die Arbeitskraft keine Ware ist, kann sie auch nicht gegen die Ware Konsumgut ausgetauscht werden. So haben wir es hier mit einem Prozeß zu tun, in dem die Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft — wie schon oben unterstrichen wurde — ihre Arbeit verausgaben und die Früchte dieser Arbeit dann verteilen. Diese Verteilung wird nun nicht mittels Arbeitsbescheinigungen oder Warengutscheinen, sondern mittels Geld vorgenommen, vor allen Dingen deshalb, weil es eine für den Konsumenten unbegrenzte Liquidität besitzt, also zu jeder Zeit in ein beliebiges Konsumgut umgewechselt werden kann. Die Tatsache, daß hier Geld auftritt, ändert jedoch nichts daran, daß wir es hier mit einem Verteilungsakt und nicht mit einem Kauf- und Verkaufsakt zu tun haben.<sup>52</sup> Da jedoch das pretiale Lenkungssystem sowohl in bezug auf die Betriebe als auch in bezug auf die Haushalte den Marktmechanismus nachahmt und somit auch seine Spielregeln einhalten muß, müssen bei den Entscheidungen der Zentrale die sonst auf dem Markt und bei der Geldzirkulation geltenden Gesetzmäßigkeiten berücksichtigt werden.

Nun könnte man diese Feststellungen als Haarspalterei und Phrasendrescherei verwerfen, wenn sie nicht in der Praxis positiv verifiziert wären. Die bestehende Situation scheint folgende Äußerung J. B e k s i a k s treffend zu charakterisieren: „ . . . es scheint treffend, im Sozialismus eher von Lenkungsmethoden der Produktion und der Konsumtion zu sprechen als vom Markt, da heute sogar die Methoden, die die größte äußerliche Ähnlichkeit zur Marktwirtschaft aufweisen (in ihrer bekannten,

51) Darauf weist S. Ł y s k o in der zitierten Arbeit „Antynomia teorii rynku w socjalizmie“ hin.

52) Man kann im Rahmen dieser Abhandlung diese Probleme nur andeuten, nicht aber ausführlich beleuchten.

geschichtlich vom Sozialismus ausgeprägten Form), in ihrem Wesen von ihr abweichen.“<sup>53</sup> Es erscheint damit sinnvoll, sich der Ansicht anzuschließen, daß auch im pretialen Lenkungssystem nicht der Markt, sondern der zentrale Plan als Koordinationsmechanismus auftritt. Die pretialen Informationen, die die Zentrale an die ausführenden Wirtschaftseinheiten emittiert, sind nämlich so gewählt, daß sie Informationen über den aus dem Volkswirtschaftsplan resultierenden Knappheitsgrad der Güter beinhalten. Die Anwendung marktähnlicher Formen im pretialen Lenkungssystem resultiert hierbei aus der Einsicht, daß diese Regeln den Betrieben einen großen und in diesem Fall von der Zentrale erwünschten Spielraum an Entscheidungsfreiheit gewähren. Es ist nämlich den Betrieben erlaubt, im Rahmen des von der Zentrale festgelegten pretialen Datenkranzes eigene Entscheidungen zu treffen, wodurch die Reaktionsfähigkeit der Volkswirtschaft beschleunigt und erhöht werden soll. Da es die Aufgabe der aus der Marktwirtschaft abstrahierten pretialen Lenkungsinstrumente ist, die Planrelationen widerzuspiegeln und die vom zentralen Markt festgelegte Koordinierung bei der Planausführung zu stimulieren, ist auch dieser Plan der eigentliche Koordinationsmechanismus. Die marktähnlichen pretialen Lenkungsinstrumente sind also Spielregeln, deren Aufgabe es ist, ein plankonformes Verhalten der Betriebe zu stimulieren. Durch die aus einer Willensäußerung der Zentrale resultierende und somit pragmatischen Einsichten entspringende Einführung marktähnlicher Lenkungsinstrumente in eine Wirtschaft mit zentralem Plankoordinationsmechanismus beginnt also kein selbständiger Marktkoordinationsmechanismus zu wirken, ebensowenig wie eine freie Marktwirtschaft durch den zum Zweck besserer Koordinierung eingeführten Staatsinterventionismus zu einem zentralen Koordinationsmechanismus wird. So wie sich der Staat in der zweiten Situation marktkonform verhalten muß, um nicht die Logik des Gefüges des Marktmechanismus zu zerstören, so müssen sich auch die in der ersten Situation angewandten marktähnlichen pretialen Lenkungsinstrumente plankonform verhalten, wenn nicht die Logik des gesamten Systems zerstört werden soll. Eine Koppelung dieser beiden selbständigen Koordinationssysteme im Rahmen einer Volkswirtschaft würde nur zur Zerrüttung der inneren Logik beider Systeme führen.<sup>54</sup> Zwar sind Geld, Preise, Kosten u. ä. aus der Marktwirtschaft be-

53) J. Beksiak: Rola rynku w planowej gospodarce socjalistycznej [Die Rolle des Marktes in der sozialistischen Planwirtschaft], in: Nowe Drogi 1967, Nr. 1, S. 128. Einen pragmatischen Standpunkt vertritt dieser Autor auch in der Arbeit „Społeczeństwo gospodarujące“ [Die wirtschaftende Gesellschaft], Warschau 1972, sowie im Sammelwerk R. Bauer, J. Beksiak u. a.: *Ekonomia polityczna socjalizmu* [Politische Ökonomie des Sozialismus], Warschau 1972. Der von J. Beksiak vertretene Standpunkt wird auch vom Vf. dieses Beitrages weitgehend geteilt.

54) Diese Ansicht wird jedoch von vielen polnischen Wissenschaftlern, die in den pretialen Lenkungsinstrumenten Marktelemente zu sehen glauben, nicht vertreten. So schreibt z. B. J. Mujzel: „Die Marktverhältnisse bilden ein wesentliches Element der entwickelten sozialistischen Volkswirtschaft. . . Die Marktverhältnisse sind in der sozialistischen Volkswirtschaft begrenzt und den Planverhältnissen und dem Planmechanismus unterworfen. . . Unabhängig von den

kannte Kategorien auch im Sozialismus objektiv bedingt, doch scheint es sinnvoll, einen pragmatischen Standpunkt zu vertreten, der in der Ansicht gipfelt, daß je nach dem gewählten Lenkungssystem diese Kategorien entweder nur passiv (Evidenz- und Aggregationsfunktionen) oder auch aktiv (Informations- und Verteilungsfunktionen) auftreten. Diese pragmatische Lösung erlaubt es gleichzeitig, bestehende Befürchtungen, daß der Markt eine Gefahr für die sozialistische Volkswirtschaft darstelle, zu überwinden, da es sich ja hier nicht um eine Reaktivierung des Marktkoordinationsmeehanismus handelt, sondern eben um von der Zentrale bewußt gewählte und sinnvoll angewandte marktähnliche, plankonforme Lenkungsinstrumente.

obigen Begrenzungen und Unterwerfungen entwickeln sich die relativ festen Vereinbarungen zwischen den Organisationen und gewinnen an Bedeutung, darunter das System der Bestellungen, die zeitlich oft weit in die Zukunft greifen.“ (J. M u j z e l : Funkcje cen i ich system racjonalny [Die Preisfunktionen und ihr rationales System], Referat, gehalten auf dem diesem Thema gewidmeten wissenschaftlichen Symposium, Warschau, Juni 1975.) Wie man sieht, ist diese Argumentation oberflächlich und nicht überzeugend. Sie scheint von einem Mißverstehen des Wesens des Marktmeeehanismus und seiner Koordinationsfunktionen, die weit über das von J. Mujzel anerkannte Maß hinausgehen, zu zeugen. Wenn man nämlich schon in Vereinbarungen zwischen Betrieben, die auf der Basis von Planaufgaben getroffen werden, Marktverhältnisse sehen will, so tut man doch den regelnden Kräften des Marktes Abbruch.

#### Summary

##### *The Market Mechanism and the Centrally Directed Mechanism of Co-ordination*

In his study the author attempts to define the nature of the centrally coordinated mechanism practiced in the economy of Socialist countries, and to set it off against the mechanism of the market. Above all, it is stressed that the conception 'central planning' is not quite sufficient for defining the mechanism of central co-ordination, since it is a matter of two spheres of activity, namely, central planning and central direction. This division is of importance, because the decisions of planning have always to be made at the centre, whereas in the sphere of direction the power of decision can be decentralized. Presupposition for this decentralization is an apparatus in the hands of the national centre of directions permitting to influence the decisions of the enterprises indirectly. The instruments of indirect control are normative acts and prices. Both instruments allow to construct a mechanism of regulation by which in the course of economic processes direct intervention on the enterprise level becomes unnecessary. In a system of central direction, however, incidental directives forcing the enterprises to act as demanded by the central office, are employed.

The main points deciding the choice of a centralized or decentralized system of direction described and the different systems of direction — treated as think models — extensively dealt with, the author wonders whether within these systems there can altogether be the question of a market system. His considerations exclude a co-existence of the market and the centrally directed mechanism of co-ordination. He substantiates his opinion that market-like instruments employed in a decentralized system of direction — such as price, cost, profit, etc. — are according to their nature instruments of control chosen after pragmatic aspects. As criterium for choosing them serves the instruments' conforming to plan, viz. their evoking a reaction of the enterprises corresponding to the central plan. Thus they constitute instruments of direction intentionally employed by the centre within the frame of the mechanism of co-ordination, and they are not an independent market mechanism nor one to co-exist with the plan.